

Für eine vitale und wehrhafte Demokratie

Positionierung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

Einleitung

Die Menschenrechte von 1948 sind das Leitbild des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und seiner rund 870 Mitgliedsorganisationen. Universell, unveränderlich und unteilbar bilden sie das Fundament einer sozialen und solidarischen Gesellschaft, für die wir uns tagtäglich engagieren, für die wir arbeiten und streiten. Unser Menschenbild beruht auf gegenseitiger Wertschätzung. Wir engagieren uns für und mit Menschen, die hilfebedürftig oder sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind. Diesen Menschen geben wir eine Stimme, indem wir ihre Interessen und Anliegen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Dabei werden wir getragen von der Idee der Parität, der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten und von unverrückbaren Prinzipien wie Toleranz, Offenheit und Vielfalt.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen stehen wir für eine demokratische, offene, vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben und Schutz erfahren – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit.

Wir sehen uns verpflichtet, allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegenzutreten. Daher sind für uns eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit unverhandelbar.

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland

Rechte, rassistische, antisemitische und anti-muslimische Gewalt ist seit der Gründung der Bundesrepublik ein allgegenwärtiger, trauriger Teil ihrer Geschichte und Gegenwart. Mölln/Solingen, NSU, München, Halle, Hanau oder zuletzt die terroristische Vereinigung der Reichsbürger*innenszene zum Umsturz der demokratischen Ordnung sind nur einige

erschütternde Beispiele rechtsradikaler, antisemitischer und anti-muslimischer Gewalttaten, die uns immer wieder aufs Neue fassungslos machen. Strukturelle und institutionelle Diskriminierung gehören auch nach mehr als 70 Jahren Demokratie und Grundgesetz immer noch zur Lebensrealität vieler Menschen in unserem Land. Angriffe auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die freiheitliche Grundordnung sind zu einer dauerhaften Herausforderung für unsere Gesellschaft geworden.

Diskriminierung ist Alltag in Deutschland – das sagen 90 Prozent der Befragten des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind schon einmal direkt oder indirekt mit Rassismus in Berührung gekommen. 22,2 Prozent haben Rassismus selbst erfahren. Auch in Niedersachsen bleibt rechte Gewalt konstant hoch: An jedem zweiten Tag werden Menschen in Niedersachsen Opfer von rechter Gewalt.

Das hässliche Gesicht von Hass und Hetze begegnet uns heute überall: Auf der Straße, im Netz und in den Parlamenten. Wir erleben nichts anderes als einen organisierten Kampf auf allen Ebenen gegen unsere Demokratie, der es sogar bis in die Herzkammer, unsere Parlamente, geschafft hat. Mit der Alternative für Deutschland, die seit zehn Jahren zugleich Produkt und Katalysator des Rechtsextremismus ist, sitzt eine Partei sowohl im Deutschen Bundestag als auch in insgesamt 15 Landesparlamenten, die unsere parlamentarische Demokratie sabotiert, verunglimpft und lächerlich macht. Mit mehr als 10% bei der vergangenen Landtagswahl hat sich die AfD auch in Niedersachsen deutlich vergrößert und stabilisiert.

Gleichzeitig lässt sich bei den Protesten gegen Unterkünfte für Geflüchtete, den „Spaziergängen“ von Pegida oder den Demonstrationen gegen die Corona-Politik die Manifestierung eines demokratiefeindlichen Milieus aus Rechtsextremen, Hooligans, Reichsbürger*innen, Esoteriker*innen und Antidemokrat*innen beobachten, das unter anderem mit der Erstürmung der Treppen des Reichstags im Jahr 2020 sein demokratiegefährdendes Potenzial symbolisch und bildgewaltig unter Beweis gestellt hat.

Unser Beitrag zu einer wehrhaften Demokratie

Angesichts der Verrohung unserer politischen (Debatten-)Kultur steht auch unsere demokratische Zivilgesellschaft heute stark unter Druck. Aus den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur und im Sinne unseres Grundgesetzes engagiert sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. für eine vitale und wehrhafte Demokratie. Ihre aktive Verteidigung ist die gemeinsame Aufgabe von Zivilgesellschaft und Rechtsstaat. Als Teil der Zivilgesellschaft stehen wir für gelebte Demokratie und eine Kultur des wechselseitigen Respekts, insbesondere auch innerhalb unserer Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen. Unser gemeinsamer Kompass ist die Würde des Menschen. Uns eint die gemeinsame Überzeugung, überall dort Widerstand zu leisten, wo Menschenrechte bedroht oder missachtet werden.

Gleichzeitig ist auch die soziale Arbeit auf vielen Ebenen mit rechten Erscheinungsformen konfrontiert. Wir sind nicht nur Zielscheibe von Hass und Gewalt, sondern mit unserem Engagement, etwa im Bereich der Bildungs- oder Gemeinwesenarbeit, vielmehr auch aktive Gegenspieler*innen und Verhinder*innen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit und ihrer Entstehung. Wir sind Förderer*innen und Ermöglicher*innen von Demokratie.

Eines ist für uns ganz klar: Den sukzessiven Rückzug von engagierten Demokrat*innen und die Erosion unserer demokratischen Kultur können und dürfen wir nicht zulassen. Darum wird der Paritätische Niedersachsen auch weiterhin aus Überzeugung und mit vollem Herzen überall dort demokratischen Widerstand leisten, wo wir Diskriminierung, Nationalismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorfinden.

Unsere Forderungen

- 1) Ausbau der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und Stärkung der Betroffenenberatung für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und**

**anti-muslimischer Gewalt sowie der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus (RIAS Niedersachsen).**

Rechte Gewalt muss sichtbar gemacht und als solche klar benannt werden. Viel zu oft bleiben Übergriffe außerhalb des Sichtfelds der Mehrheitsgesellschaft oder Betroffene haben aus persönlichen Gründen Hemmungen, zur Polizei zu gehen. Nach wie vor gibt es eine viel zu hohe Dunkelziffer, auch weil Opfer und Betroffene keine flächendeckenden Unterstützungsstrukturen in Niedersachsen vorfinden.

2) Einführung eines landeseigenen Antidiskriminierungsgesetzes zur Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie zur Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt innerhalb der Landesverwaltung.

Um in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Stellen von Diskriminierung betroffene Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen und die Herstellung und Durchsetzung von Chancengleichheit zu fördern, braucht es klar definierte und zu schützende Diskriminierungsmerkmale und eine Beschwerdestelle. Das Land muss hierbei als Vorbild vorangehen und ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung setzen.

3) Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle, die in ihrer Funktion die Koordination der nicht-staatlichen Antidiskriminierungsstellen übernimmt, in Fällen von Diskriminierung Informationen und qualifizierte Beratung anbietet, eigene Forschung anstellt sowie Empfehlungen an die Politik abgibt.

Mit Blick auf die Bemühungen in den anderen Bundesländern und besonders im Hinblick auf Formen von institutioneller Diskriminierung benötigt auch das Land Niedersachsen eine zentrale Anlaufstelle und Ansprechstation für Menschen, die Benachteiligungen und Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen erfahren haben.

4) Stärkere finanzielle Unterstützung und institutionelle Förderung von diskriminierungskritische Bildungsarbeit für mehr Projekte an und mit Schulen als auch außerhalb des schulischen Raums. Hierfür braucht es eine auskömmlich

**finanzierte politische Bildung, angefangen von der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung, über die Erwachsenenbildung bis hin zur
Kinder- und Jugendbildung.**

Im Sinne einer diskriminierungskritischen Bildungsarbeit sollte Diskriminierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, Funktions- und Wirkungsweisen in allen Lebensbereichen thematisiert und eine intensive Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit entsprechend unterstützt und gefördert werden. Dabei geht es auch um ein vertieftes Verständnis über die Aufrechterhaltung und Reproduzierung von rassistischen, antisemitischen und anti-muslimischen Stereotypen, Ungleichheitsverhältnissen und Verschwörungserzählungen.